

Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz

11. Abgeordneter
**Dr. Sepp
Dürr**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Vor dem Hintergrund des Kunstfunds in München-Schwabing und angesichts der Tatsache, dass bayerische Behörden laut Medienberichten bereits seit 2011 von der Sammlung von NS-Raubkunst Kenntnis hatten, frage ich die Staatsregierung, weshalb die Öffentlichkeit und speziell potenzielle Erben bzw. Opferverbände nicht früher über den Fund der Kunstwerke informiert wurden, mit welchen konkreten Maßnahmen die Provenienz der Kunstwerke geklärt wird, sodass diese restituiert werden können, und ob sie als Konsequenz des Falls die Provenienzforschung an den staatlichen Museen und Sammlungen stärken und sich bundesweit für gesetzliche Regelungen einsetzen wird, die wie z.B. in Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Schweiz Vermögensübertragungen zwischen 1933 und 1945 für unwirksam erklären?

Antwort des Staatsministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst

Der sog. Schwabinger Kunstfund ist ein gemeinsamer Fahndungserfolg des Zollfahndungsamts München und der Staatsanwaltschaft Augsburg, die gegen den Besitzer der Kunstsammlung ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und der Unterschlagung führt. Hintergrund ist eine Kontrolle am 22. September 2010 in einem Schnellzug von Zürich Richtung München auf dem Streckenabschnitt Lindau – Memmingen und sich hieran anschließende längere Vorermittlungen. Vom 28. Februar bis 2. März 2012 vollzogen die Staatsanwaltschaft und das ermittelnde Zollfahndungsamt München einen gerichtlichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss in der Wohnung des Beschuldigten. Dabei konnten unter anderem insgesamt 1.280 Kunstwerke beschlagnahmt werden.

Es handelt sich somit nicht um einen bloßen „Kunstfund“, sondern vielmehr um eine strafprozessuale Zwangsmaßnahme im Rahmen eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens, das grundsätzlich nicht öffentlich geführt wird. Grund für die bisherige Nichtveröffentlichung waren für die Staatsanwaltschaft kriminaltaktische Erwägungen, das Steuergeheimnis, die strafrechtliche Unschuldsvermutung und die zivilrechtliche Eigentumsvermutung zugunsten des Beschuldigten. Zunächst war durch eine Sachverständige für eine hinreichend große Anzahl von Bildern zu ermitteln, welche belastbaren Indizien gegen die Eigentümerstellung des Beschuldigten bestehen.

Die Staatsanwaltschaft Augsburg hat diese sachverständige Begutachtung umgehend eingeleitet: Da bei Besichtigung der Kunstgegenstände am 1. März 2012 durch die Bayerische Staatsgemäldesammlung der Verdacht bestand, dass es sich bei den Gegenständen um Eigentum Dritter handeln könne, wurde das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen über den Fund und die Hintergründe in Kenntnis gesetzt. Am 21./22. März 2012 wurde Kontakt aufgenommen mit einem Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Ihm wurden auch das Sicherstellungsverzeichnis und Lichtbilddateien der beschlagnahmten Kunstwerke übersandt. Auf dessen Empfehlung wurde kurz darauf die Kunsthistorikerin Dr. Meike Hoffmann von der Freien Universität Berlin – Forschungsstelle „Entartete Kunst“ – als Sachverständige mit der Identifizierung und Herkunftsermittlung der Kunstgegenstände beauftragt. Im Rahmen der sich daran anschließenden Recherchen bestand ein erster Schritt darin, die sichergestellten Werke zu identifizieren. Aus heutiger Sicht wären allerdings hierfür und zur Provenienzforschung deutlich größere Ressourcen erforderlich gewesen, da sich der Rechercheprozess als äußerst zeit- und arbeitsintensiv erwies. Dies hätte frühzeitiger erkannt werden müssen.

Nunmehr liegt folgendes Zwischenergebnis vor: Abzüglich beschlagnahmter Gegenstände, die eindeutig keinen Bezug zur sog. Entarteten Kunst oder NS-Raubkunst haben, sind ca. 970 Werke zu überprüfen. Ca. 380 dieser Werke konnten dem Beschlagnahmegut der sog. Entarteten Kunst zugeordnet werden, also Objekten, die von den Nationalsozialisten im Rahmen der sog. Aktion Entartete Kunst 1937 konfisziert wurden. Bei den weiteren Werken ist u.a. zu prüfen, ob ein NS-verfolgungsbedingter Entzug (sog. NS-Raubkunst) vorliegt. Vor diesem Hintergrund wurde bei ca. 590 Werken eine Untersuchung auf einen solchen NS-verfolgungsbedingten Entzug hin begonnen. Dabei ergab sich bisher für 25 Objekte der begründete Verdacht auf NS-verfolgungsbedingten Entzug. Um Transparenz herzustellen und die Provenienzforschung auf breiter Basis zu betreiben wurden in einem ersten Schritt diese 25 Werke mit entsprechenden dringenden Verdachtsmomenten auf NS-verfolgungsbedingten Entziehungshintergrund auf der Plattform <http://www.lostart.de> der Koordinierungsstelle Magdeburg eingestellt.

Das Staatsministerium der Justiz hat nach den Medienveröffentlichungen vom 4. November 2013 über den „Schwabinger Kunstfund“ die Initiative ergriffen und umgehend das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, das Bundesministerium der Finanzen und den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zu einer Besprechung über das weitere Vorgehen eingeladen, die am 8. November 2013 im Münchner Justizpalast stattfand. Dabei wurde ein Maßnahmenkatalog vereinbart, damit die Provenienzforschung im Interesse möglicher Eigentümer – parallel zum Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Augsburg – unter Einbeziehung der Forschungsstelle „Entartete Kunst“ der Freien Universität Berlin auf breiter Basis vorangetrieben wird.

Es bestand Einigkeit, dass die mit dem „Schwabinger Kunstfund“ aufgeworfenen Fragen zur Restitution im Zusammenhang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kunstwerken in einem Strafverfahren allein nicht hinreichend geklärt werden könnten und dies auch nicht eine zentrale Aufgabe des Strafverfahrens sei. Zwischen Bund und Land wurde vereinbart, umgehend eine qualifizierte Taskforce von mindestens sechs Expertinnen und Experten für Provenienzforschung zusammenzustellen. Bund und Bayern haben Ministerialdirektorin a.D. Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel beauftragt, die Leitung der Taskforce zu übernehmen, die von der Berliner Arbeitsstelle für Provenienzforschung/-forschung (AfP) koordiniert werden wird. Frau Dr. Berggreen-Merkel war stellvertretende Beiratsvorsitzende der AfP und ehemalige Amtschefin beim BKM. Generelle Aufgabe der AfP, deren Geschäftsstelle von der Kulturstiftung der Länder finanziert wird, ist es, staatliche Museen und Einrichtungen in Deutschland bei der Identifizierung von Kulturgütern in ihren Beständen zu unterstützen, die während der Zeit des Nationalsozialismus den rechtmäßigen Eigentümern verfolgungsbedingt entzogen wurden.

Zur Besetzung der Taskforce mit Expertinnen und Experten für Provenienzforschung werden der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen sowie der Freistaat Bayern beitragen. Damit wird das Know-how aller bei Bund und Land beteiligten Einrichtungen im Interesse einer schnellen Provenienzforschung gebündelt.

Bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen besteht ein eigenes Referat für die Provenienzforschung, das mit den fachlich zuständigen Konservatoren und dem Justizariat der Zentralverwaltung der staatlichen Museen und Sammlungen zusammenarbeitet. Um die personelle Kapazität der Provenienzforschung zu stärken, hat das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst 2013 Sondermittel für die befristete Einstellung einer weiteren Fachkraft zur Verfügung gestellt. Im Übrigen werden sich die Staatsgemäldesammlungen im Rahmen einer Arbeitsgruppe an der Erforschung der in Schwabing gefundenen Kunstwerke beteiligen. Hierfür wird das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Sondermittel zur Verfügung stellen.

Aus Sicht der Staatsregierung würde eine gesetzliche Regelung, wonach Vermögensübertragungen in der Zeit zwischen 1933 und 1945 unwirksam sind, kaum zu einer erleichterten Restitution von geraubten Kunstgegenständen führen, sondern ginge vielmehr an den wesentlichen in der Praxis sich ergebenden Schwierigkeiten der Rückerstattung vorbei:

Diese liegen weniger darin begründet, dass der Raub von Kunstgegenständen durch die NS-Diktatur rechtlich wirksam wäre, sondern in der Nachweisbarkeit dieser makelbehafteten Provenienz in jedem Einzelfall sowie in der Frage der Verjährung.

Bereits nach geltendem Recht hatte die Beschlagnahme von Kunstwerken, die im Eigentum von Privatpersonen standen, durch den NS-Staat nach heute ganz herrschender Auffassung ebenso wenig einen Eigentumsübergang auf den NS-Staat zur Folge wie ein Ankauf von Kunstwerken unter Ausnutzung der Zwangs- und Notlage der Eigentümer. Nach ganz herrschender Meinung konnten derartige Gegenstände auch nicht später von Dritten gutgläubig erworben werden, so dass das Eigentum in diesen Fällen bei den ursprünglichen Rechtsinhabern verblieb.

Wer einen Herausgabeanspruch geltend macht, muss freilich hinsichtlich jedes einzelnen Kunstgegenstands nachweisen, dass es sich um einen beschlagnahmten oder unter Zwang erworbenen Gegenstand handelt. Daraus und nicht aus der dargestellten Rechtslage ergeben sich die wesentlichen praktischen Schwierigkeiten.

Eine in der Praxis relevante rechtliche Schwierigkeit liegt zudem darin, dass Herausgabeansprüche grundsätzlich nach Ablauf von 30 Jahren verjähren. Die Staatsregierung prüft, ob für den Fall der Enteignung von Kunstwerken durch das NS-Unrechtsregime jedenfalls für bösgläubige spätere Erwerber eine Berufung auf die Verjährung gesetzlich ausgeschlossen werden sollte.

12. Abgeordneter
**Reinhold
Strobl**
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Anzahl der zu Unrecht Verurteilten, die wegen Missbrauchs angeklagt und zu einer Haftstrafe im Gefängnis oder einer psychiatrischen Therapieeinrichtung verurteilt wurden (der letzten zehn Jahre), und wie stellt sich die Situation der beruflichen Zukunft hinsichtlich Rehabilitation, Entschädigungszahlungen und Rentensituation aufgrund fehlender Einzahlungszeiten dar?

Antwort des Staatsministeriums der Justiz

Die Anfrage betrifft Fälle, in denen eine Person „wegen Missbrauchs“ rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt oder ohne Verurteilung die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gemäß § 63 des Strafgesetzbuches (StGB) angeordnet wurde und dieses Urteil dann später in einem Wiederaufnahmeverfahren aufgehoben oder gemildert wurde.

Dem Staatsministerium der Justiz (StMJ) stehen keine statistischen Angaben dazu zur Verfügung, wie viele erfolgreiche Wiederaufnahmeverfahren in Bayern jährlich durchgeführt werden. Das StMJ hält es aber für zweckmäßig, dass künftig statistisch erhoben wird, wie viele erfolgreiche Wiederaufnahmeverfahren durchgeführt werden, damit belastbare statistische Aussagen dazu möglich werden, in wie vielen Fällen es im Zuge von Wiederaufnahmeverfahren zur Aufhebung des ursprünglichen Urteils oder einer erheblichen Reduzierung der ursprünglich verhängten Strafe gekommen ist. Das StMJ hat sich daher erst kürzlich bei den anderen Landesjustizverwaltungen und beim Bundesministerium der Justiz für eine entsprechende Ergänzung der Strafverfolgungsstatistik eingesetzt.

„Entschädigungszahlungen“ kommen in der o.g. Konstellation insbesondere nach dem Bundesgesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) in Betracht. Eine Entschädigung nach diesem Gesetz steht insbesondere solchen Personen zu, die durch eine strafgerichtliche Verurteilung, die im Wiederaufnahmeverfahren fortfällt oder gemildert wird, einen Schaden erlitten